

11.05.2011

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung**Wortlaut der Kleinen Anfrage**

der Abgeordneten Ina Korter (Grüne) und Helge Limburg (Grüne), eingegangen am

Wo kommen all die Soldaten und Soldatinnen her? Rekrutierung im Zeitalter der „Wehrfreiwilligkeit“

Die im März beschlossene Aussetzung der Wehrpflicht stellt die Bundeswehr vor eine Reihe neuer Fragen. Laut Recherchen des ARD-Politmagazins Panorama braucht die Bundeswehr rund 12.000 Rekruten im Jahr, das heißt ungefähr 1000 pro Monat. Im Monat März hatten sich aber lediglich 380 Freiwillige gemeldet. Um die benötigten Zahlen zu erreichen und mehr Freiwillige zu rekrutieren, soll eine neue Werbekampagne das Image der Bundeswehr aufwerten. Ein Rekrutierungspool ist dabei offensichtlich das Klassenzimmer.

Wie die Zusammenarbeit zwischen Schule und Bundeswehr aussehen könnten, zeigt das Beispiel Schleswig Holstein. Dort gibt es seit diesem März einen Erlass zur Kooperation von Bundeswehr und Schule. Andere Organisationen (z. B. Friedensgruppen oder ähnliche Gruppen) kommen in der Vereinbarung nicht vor. Auch dort hieß es vor kurzem noch aus dem Ministerium, eine Zusammenarbeit brauche keine besondere Regelung. Die niedersächsische Landesregierung antwortete ähnlich auf eine Anfrage der Abgeordneten Ina Korter aus dem Jahr 2010 (Drucksache 16/ 2472): „Zwischen der Landesregierung und der Bundeswehr bestehen keine Vereinbarungen über den Einsatz von Jugendoffizieren und anderen Veranstaltungen der Bundeswehr in Kooperation mit Schulen.“

In der Osnabrücker Zeitung vom 10. März 2011 spricht Ministerpräsident Mc Allister jedoch vom Handlungsbedarf und betont, wie wichtig es jetzt sei, bei jungen Menschen Werbung und Überzeugungsarbeit für die Bundeswehr zu leisten. Sollte dies bedeuten, dass die Bundeswehr in Zukunft verstärkt in die Schulen geht und möglicherweise für sich wirbt, verstieße dies gegen das Neutralitätsgebot und den Beutelsbacher Konsens.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wird es durch die Aussetzung der Wehrpflicht zu einer verstärkten Präsenz von Jugendoffizieren oder anderen Vertreterinnen und Vertretern der Bundeswehr in den Schulen kommen, um mit Informationsveranstaltungen aufzuklären und junge Menschen für die Bundeswehr zu interessieren?
2. Sieht die Landesregierung nach dem Aussetzen der Wehrpflicht – ähnlich wie am oben genannten Beispiel in Schleswig Holstein – nun doch einen Bedarf für eine Vereinbarung zwischen Bundeswehr und Schule bzw. zwischen Bundeswehr und Landesregierung?
3. Wie will die Landesregierung sicherstellen, dass in den Schulen nicht nur aus der Sicht der Bundeswehr informiert wird, sondern in gleichem Umfang auch die Positionen von Friedensorganisationen und Kirchen dargestellt werden?
4. Wie und wo genau möchte Ministerpräsident Mc Allister um junge Menschen werben und Überzeugungsarbeit für die Bundeswehr leisten?

Korter

Limburg